

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schönbach, Dresden, Postfach 1000. Druck: Kurt Schönbach, Dresden, Postfach 1000. Preis: 1.00 M. (einschl. 10 Pf. für Zustellung). Abonnement: 1.00 M. (einschl. 10 Pf. für Zustellung). Einzelhefte: 10 Pf. (einschl. 10 Pf. für Zustellung). Anzeigen: 1.00 M. (einschl. 10 Pf. für Zustellung). ...

Deutschlands große Aufgaben in Genf

Bedrohliches französisches Kulissenspiel

Drahtmeldung unseres nach Genf entsandten Sonderberichterstatters

Genf, 4. Febr. Die weitere Entwicklung in Genf zeigt mit voller Klarheit, wie wichtig es war, vom ersten Tage an mit französischen Intrigen, ja mit einer französischen Offensive hinter den Kulissen zu rechnen, die für das Schicksal der Konferenz entscheidend werden kann. Immer sichtbar wird der französische Plan, sowohl in der Konferenz selbst wie vor allem in der Generalkommission, deren Bedeutung wir gestern darlegten, den maßgebenden Einfluss zu gewinnen. Nachdem heute mittag der allgemeine organisatorische Rahmen der Konferenz in einer sonst sehr gleichgültigen Vollversammlung gebilligt worden ist, kann man vielleicht morgen schon an einem großen Schicksalshenkele ansetzen.

Die Frage, ob es richtig und nötig sei, von deutscher Seite einen Gegenentwurf gegen den berüchtigten Konventionentwurf vom Dezember 1929 vorzulegen, der immer noch als Grundlage der Konferenzarbeit herhalten soll, wird eifrig diskutiert. Wir sind weiter der Meinung, daß jede bis zum Ende durchdachte, richtig vorbereitete und geschickt eingeleitete deutsche Initiative wichtig und sogar unbedingt nötig ist, um nicht Frankreich überall die Führung zu lassen. Andererseits müssen wir aber kein peinlich Abstand halten vom höherwertigen Völkerbundsmaschinenbau, mit dem auch die Konferenz schon allzu eng verknüpft ist. Sonst kommen wir später nicht mehr davon frei, wenn es einmal bitter nötig ist. Deshalb darf das Prinzip der Mitarbeit und der Führung nur unter Wahrung dieses obersten Grundgesetzes gelten. Es gilt höchste Aktivität im richtigen Augenblick innerhalb und außerhalb von Genf mit diesem ersten Erfordernis zu vereinen. Das ist hier die schwere Aufgabe, die der deutschen Führung gestellt ist. Es wäre deshalb sehr zu bedauern, wenn der Reichskanzler nur für zwei Tage hierherkommen würde, wie es hier heißt, um sich nur zu Beginn der nächsten Woche an den Nebekämpfen der großen Mächte zu beteiligen.

Der „Ausländer“ Hitler

Wenn ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion des schweizerischen Landtages auf den nationalsozialistischen Führer Hitler zu sprechen kommt, dann verhält er nie, mit erhöhter Stimme ein für den Angehörigen der internationalen Sozialdemokratie recht wertwürdiges Argument gewissermaßen als Gipfel der Beweisführung zu verwenden. Es lautet in ewiger Monotonie etwa wie folgt: Hitler sei nicht berechtigt, im Namen einer deutschen Partei sich politisch zu betätigen, denn er sei ja „Ausländer“. Eine höchst verwunderliche Auffassung, wenn man bedenkt, daß dieselben Sozialdemokraten in Dresden vor Freude ganz außer Rand und Band gerieten, als längst in ihren Versammlungen der Generalstreik der französischen „Brudervereinigung“, Paul Faure, frupplos Deutsche gegen Deutsche mit den albernen Lügen behüte, die nationalen Deutschen betrieblen, von der tschechischen Rüstungsindustrie beschosen, den Revanchekrieg. Einem ausländischen Klassenkämpfer, der im Dienste seines Vaterlandes die deutsche Zivilkraft durch bodenlose Verleumdungen schürt, jubelt unsere Sozialdemokratie zu. Wenn er sich aber umgekehrt um einen Deutschen aus dem Bruderland Österreich handelt, dessen Wiege eine halbe Stunde von der bairischen Grenze entfernt liegt, also mitten in einem Gebiet, das seit der Völkerverwanderung ferndeutscher Siedlungsland ist, dann spricht man vom „Ausländer“. Aber nicht, weil man diesen Vorwurf selbst glaubt, sondern weil man aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus den Gegner mit unangenehmen Behauptungen schmätzt, wo die tatsächlichen Gesichtspunkte fehlen. Instinktiv handelt man dabei nach dem alten Gesichtspunkt, den bereits die römischen Demagogen des Altertums angewandt haben: „Etwas bleibt schließlich immer hängen.“

Dabei spielt Frankreich aber das alte, so oft schon im Völkerbund erprobte Spiel der engen Zusammenarbeit mit seinen europäischen Satelliten, vor allem mit seinen jeberzeit an allem bereiten Günstlingen Venesich und Titulescu. Venesich soll nach den Wünschen Frankreichs Präsident der überhöht wichtigen Generalkommission werden, in der er, dieselbe Rolle spielen soll, wie einst in dem Sicherheitskomitee des Völkerbundes. Titulescu ist als erster Vizepräsident und ständiger Vertreter des bekanntlich schwerleidenden amerikanischen Venederson aufzusehen.

Immer klarer wird es, daß Deutschland in seiner jetzigen Lage vor allem einen eigenen Außenminister braucht. Unter ganzem System ist gegenwärtig längst nicht stabil genug für die und gestellten großen Aufgaben. Wenn der Außenminister und der Reichswehrminister in entscheidenden Augenblicken hier in Genf fehlen müssen, weil sie zugleich Reichskanzler und Innenminister sind und daher aus irgendwelchen zufälligen innerdeutschen Gründen unabkömmlich sind, so ist das einfach nicht zu verantworten. Es scheint uns übrigens eine der ersten Pflichten deutscher Delegationsführer hier zu sein, so bald wie nur möglich die Frage zu klären, ob die auf dieser Konferenz etwa gefassten Beschlüsse allgemein und ausnahmslos bindend sein sollen, oder ob auch im Gegensatz zu ihnen frühere Ausnahmen vertretbar (Verfallener Vertrag) dennoch gültig bleiben sollen. Auf einen Augenblick können wir natürlich diese Eventualität auch nur diskutieren. Wir wissen aber doch, daß Artikel 28 des genevesischen Konventionentwurfs und das zuzunehmende. Jedenfalls wäre es einfach lächerlich für uns und zugleich unwürdig, hier mitzuarbeiten, Grundzüge aufzustellen, Rüstungspläne zu diskutieren und dann nach einigen Monaten zu hören, daß all' das für und doch nicht gelten soll. Ueberhaupt sind die zentralen Fragen für uns das allgemeine Wohlbefinden, nicht das Detailwerk, mit dem man nach und nach, wie mit einem engmaschigen Netz, die Fäden zu gleicher Sicherheit verweben will. Die deutsche Delegation hat die große Aufgabe, immer wieder ins Freie durchzustrahlen und die großen Ziele Deutschlands rein und unverfälscht zu halten.

Dr. Burek verliest die Regierungserklärung
Wien, 4. Febr. In der heutigen Sitzung des Nationalrates gab Bundeskanzler Dr. Burek die Regierungserklärung ab. Er führte u. a. aus: Die Erhaltung des Reichseinheits im Staatshaushalt wird an oberster Stelle sein. Wir müssen aber darauf gefaßt sein, daß der Schumpfungsprüfung in der Wirtschaft vereinzelt Wiedereinnahmen im Budget 1932 ergeben kann. Eine Verbesserung des Budgets werden wir erzielen, wenn sich die politischen Parteien bei Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten ein vernünftiges Maß anerkennen. Die Bundesregierung ist entschlossen, vom Standpunkt der Erhaltung des inneren Friedens allen derartigen Aktionen entgegenzutreten. Die Notenbank wird mit Unterstützung des Staates alles daran setzen, um die Währung zu erhalten und zu festigen. Daß diese Bemühungen Erfolg hatten, beweist die Verbesserung der Sparverhältnisse, der Rückgang des Banknotenumschlages und die Verringerung des Wechselkursverlustes. Die Regierung bedauert es, daß von vielen Stellen des Auslandes und des Inlandes immer wieder Nachrichten über ein Moratorium verbreitet werden, die den Absichten der Regierung zuwiderlaufen. Das Handelskapital bewegt sich immer noch in einer erschreckend großen Höhe. Die gegenwärtig in Kraft stehenden handelspolitischen Maßnahmen sind zum Teil unzulänglich, zum Teil wurden sie in dem Vertragsstaaten durch autonome Devisenbewirtschaftungssysteme der Wirkung nach außer Kraft gesetzt. Der Schutz unserer Währung und unserer Handelskraft zwingt uns in der Folge analoge Maßnahmen auf. Ueberaus schwierig gestaltet sich leider die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Zur Sicherung des Budgets

beabsichtigt die Regierung, eine Vorlage einzubringen, durch die ein selbständiger Träger für die Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll. Die Regierung ist fest entschlossen, die Aufgabenstellung der Republik Österreich in dem glücklicherweise traditionellen Sinn der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten, nachdem wie räumlich getrennt, und hierbei in erster Linie selbstverständlich zum Stammland, die deutsche Reich, zu dem wir in besonderer Weise Freundschaft haben, fortzuführen, und an den zwischenstaatlichen Beziehungen, die auf die Befriedung der Welt und die Bekämpfung einer glücklicheren Zukunft der Menschheit abzielen, im Maße ihrer Kräfte wirksamen Anteil zu nehmen. Die Regierung wird dabei an dem unverrückbaren Grundsatze der Wahrung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit Österreichs festhalten und keine politischen Bindungen übernehmen, sondern auf realer geschäftlicher Grundlage mit jedem Staate verhandeln, der ein Recht hat, daß man nur exportieren kann, wenn man auch importiert. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern ist gesichert und gewährleistet, da das Bundesheer, die Polizei und die Gendarmerie fest hinter der Regierung stehen. Die Regierung wird daher jeder Gefährdung der inneren Ruhe, von welcher Seite immer sie komme, in der ihr durch Gesetz und Pflicht vorgezeichneten Weise entgegenzutreten. Die Regierungserklärung fand lebhaften Beifall bei den Regierungsparteien. Ein österreichischer Minister für das Sicherheitswesen, Der Landeshauptmann von Oberösterreich und Reichsobmann des Bundesrats, Franz Wastinger, ist in das österreichische Kabinett eingetreten. Er wurde mit der Leitung des Sicherheitswesens betraut.

Für jeden nationalen Deutschen, unbeschadet seines Parteibekenntnisses, hat der Vorwurf an einen Volksgenossen, er sei Ausländer, etwas tief Beschämendes. Nicht etwa, weil er Herrn Hitler oder sonst einen Angehörigen eines deutschen Volkstammes, der zufällig außerhalb der Reichsgrenzen geboren wurde, je nach den Erfordernissen parteipolitischer Taktik treffen kann, sondern weil er an eine der Wurzeln unseres nationalen Unglücks rührt. Daß das Deutsche Reich heute nur einen Teil des deutschen Volkes umfaßt — von 100 Millionen Deutschen leben nur 60 Millionen innerhalb der Reichsgrenzen —, hat seine tiefste Ursache in dem Verfall des mittelalterlichen Reiches in zahlreich selbständige Territorien, während rings um uns herum sich mächtige Nationalstaaten bildeten. Noch vor hundert Jahren war das einheitliche Nationalbewußtsein nur das löbliche Gut einer Minderheit im Volke. Wenn etwa der Sachse nach Württemberg oder Bayern reiste, dann war er dort staatsrechtlich Ausländer, genau so, wie ein Engländer oder Franzose. An Duzenderten von Landesgrenzen, die er auf einer Deutschlandfahrt passierte, mußte er sein Gepäck verpackt lassen und im Paß die Einreiselerlaubnis vorweisen. Es war das heilige Bewußtsein aller deutschen Patrioten, diesen Zustand zu befeitigen. Der große deutsche Wirtschaftspolitiker Friedrich List verzichtete sich vergeblich in diesem vernünftigen Kampf. Erst Bismarck gelang die große Tat. Aber Österreich blieb außerhalb. Die erlebte großdeutsche Lösung wurde und auch nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches durch den brutalen Machtwort Frankreichs in Versailles verweigert. Mit dem Versailler Diktat identifiziert sich also, wer einen Deutschen aus Österreich einen Ausländer schmätzt, und er appelliert zugleich an einen Partikularismus, wie er im Mittelalter Österreichs und der Epoche der erbärmlichen Zerstückelung Deutschlands im ohnmächtigen Deutschen Bund vor hundert Jahren üblich war. Wenn heute ein Sozialdemokrat in der Sprache des Exreaktionärs Metternich dieser Meinung kundtut, dann verhält sich das um so feltamer, als die Sozialdemokratie sowohl in Deutschland wie in Österreich für den Nationalismus eintritt. Der Vorwurf gegen Hitler könnte also von einem Sozialdemokraten nicht erhoben werden, wenn es kein Versailles, kein deutschfeindliches Frankreich gäbe. Aber es ist auch in anderer Hinsicht ein betrübliches Symptom. Er kennzeichnet nämlich treffend einen unseligen deutschen Parteigeist, der sich gegen einseitige nationale Selbstverständlichkeiten wendet, wenn er sich davon einen Vorteil für kurzfristige Tagesziele verspricht. Wenn gegenwärtig in der Öffentlichkeit erörtert wird, ob der Führer der National-

Heute: **D.N.** Der **D.N.**-Kraftfahrer Seite 9 und 10